1. Teil: Dokumente zu Rechtssetzungsvorhaben der EU im Rahmen des Subsidiaritätsfrühwarnsystems im engeren Sinne

Dieser Teil der Tagungsübersicht gibt Ihnen eine Übersicht über aktuelle Rechtssetzungsvorhaben der EU-Kommission, die gem. Art. 5 EUV i.V.m. dem 1. und 2. Protokoll zum Lissabon-Vertrag den Verfahrensstand der Subsidiaritätskontrolle im engeren Sinne durch den Europaausschuss erreicht haben. Die zur Verfügung stehenden Dokumente der Rechtssetzungsvorhaben sowie die weiteren für die Prüfung relevanten bzw. unterstützenden Dokumente sind unter Angabe der Dokumentenbezeichnung auf Online-Datenbanken verschiedener Institutionen verlinkt, sofern diese Datenbanken zur Verfügung stehen.

Die nachstehenden Links geben Ihnen zudem die Möglichkeit, leicht auf die allgemeinen Dokumentenseiten bzw. Datenbanken zurückzugreifen und nach bereits abgeschlossenen Verfahren sowie weiteren Datenbeständen zu suchen:

EU-Dokumente

Bundesratsdokumente

Vorblätter der Landesregierung zur Subsidiaritätskontrolle

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 18/4303

KOM-Nr.	Frühwarndokumente	Fristende ¹	Termine	Ministerium
15-0141	Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Festsetzung des Anpassungssatzes für die Direktzahlungen gemäß der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 für Direktzahlungen für das Kalenderjahr 2015; COM(2015) 141 final 1. COM (2015) 141 final 2. Bundesratsdokument 3. Vorblatt der Landesregierung 18/176 4. Beratung Landtag SH/Europaausschuss 5. weitere Informationen zur Subsidiaritätsprüfung 6. Stellungnahme der Landtagsverwaltung SH	21.05.2015	Fristbeginn: 26.03.2015 BR-Beratung: 27.03.2015 08.05.2015	MELUR

¹ Die Erläuterung der Tabellenkategorien "Fristende", "Termine" und "Ministerium" siehe bitte unten.

15-0135	Vorschlag für eine Richtlinie des Rates zur Änderung der Richtlinie 2011/16/EU bezüglich	25.05.2015	Fristbeginn:	FM
	der Verpflichtung zum automatischen Austausch von Informationen im Bereich der		30.03.2015	
	Besteuerung		BR-Beratung:	
			08.05.2015	
	1. <u>COM (2015) 135 final</u>			
	2. Bundesratsdokument <u>111/15</u> , <u>zu 111/15</u>			
	3. Vorblatt der Landesregierung 18/175			
	4. Beratung Landtag SH/Europaausschuss			
	5. weitere Informationen zur Subsidiaritätsprüfung			
	6. Stellungnahme der Landtagsverwaltung SH			
15-0129	Vorschlag für eine Richtlinie des Rates zur Aufhebung der Richtlinie 2003/48/EG des Rates	21.05.2015	Fristbeginn:	FM
			26.03.2015	
	1. <u>COM (2015) 129 final</u>		BR-Beratung:	
	2. Bundesratsdokument <u>105/15</u> , zu <u>105/15</u>		27.03.2015	
	3. Vorblatt der Landesregierung 18/177		08.05.2015	
	4. Beratung Landtag SH/Europaausschuss			
	5. weitere Informationen zur Subsidiaritätsprüfung			
	6. Stellungnahme der Landtagsverwaltung SH			
15-0046	Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung	07.04.2015	Fristbeginn:	MWAVT
	der Verordnung (EU) Nr. 1304/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates über den		10.02.2015	
	Europäischen Sozialfonds hinsichtlich einer Erhöhung des ersten Vorschussbetrags für		BR-Beratung:	
	durch die Beschäftigungsinitiative für junge Menschen geförderte operationelle Programme		06.03.2015/	
			27.03.2015	
	1. <u>COM (2015) 46 final</u>			
	2. Bundesratsdokument <u>42/15</u>			
	3. Vorblatt der Landesregierung 18/174			
	4. Beratung Landtag SH/Europaausschuss			
	5. weitere Informationen zur Subsidiaritätsprüfung			
	6. Stellungnahme der Landtagsverwaltung SH			

15-0045	Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1007/2009 über den Handel mit Robbenerzeugnissen 1. COM (2015) 45 final 2. Bundesratsdokument 44/15, zu44/15 3. Vorblatt der Landesregierung 4. Beratung Landtag SH/Europaausschuss 5. weitere Informationen zur Subsidiaritätsprüfung 6. Stellungnahme der Landtagsverwaltung SH	06.04.2015	Fristbeginn: 09.02.2015 BR-Beratung: 06.03.2015/ 27.03.2015	MWAVT
15-0010	Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über den Europäischen Fonds für strategische Investitionen und zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr. 1291/2013 und (EU) Nr. 1316/2013 1. COM (2015) 10 final, Anhang 2. Bundesratsdokument 15/15, zu15/15 3. Vorblatt der Landesregierung 18/172 4. Beratung Landtag SH/Europaausschuss 5. weitere Informationen zur Subsidiaritätsprüfung BR-Drs. 580/14 und 580/1/14 6. Stellungnahme der Landtagsverwaltung SH	17.03.2015	Fristbeginn: 20.01.2015 BR-Beratung: 06.02.2015/ 06.03.2015	MWAVT
15-0008	Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über einen Gemeinschaftskodex für das Überschreiten der Grenzen durch Personen (Schengener Grenzkodex) (kodifizierter Text) 1. COM (2015) 8 final, Anhang 2. Bundesratsdokument (-) 3. Vorblatt der Landesregierung 4. Beratung Landtag SH/Europaausschuss 5. weitere Informationen zur Subsidiaritätsprüfung 6. Stellungnahme der Landtagsverwaltung SH	noch offen	Fristbeginn: noch offen BR-Beratung: noch offen	

15-0005	Vorschlag für einen Beschluss des Europäischen Parlaments und des Rates über eine	06.03.2015	Fristbeginn:	MJKE
	Makrofinanzhilfe für die Ukraine		09.01.2015	
			BR-Beratung:	
	1. <u>COM (2015) 5 final</u>		06.02.2015/	
	2. Bundesratsdokument <u>33/15</u>		06.03.2015	
	3. Vorblatt der Landesregierung <u>18/173</u>			
	4. Beratung Landtag SH/Europaausschuss			
	5. weitere Informationen zur Subsidiaritätsprüfung			
	6. Stellungnahme der Landtagsverwaltung SH			
14-0724	Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über	04.02.2015	Fristbeginn:	MWAVT
	harmonisierte Verbraucherpreisindizes und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr.		10.12.2014	
	2494/95		BR-Beratung:	
	1 COM (2014) 704 C 1 A 1		19.12.2014	
	1. <u>COM (2014) 724 final, Anhang</u>			
	2. Bundesratsdokument <u>608/14</u> , <u>zu 608/14</u>			
	3. Vorblatt der Landesregierung 18/171			
	4. Beratung Landtag SH/Europaausschuss			
	5. weitere Informationen zur Subsidiaritätsprüfung			
	6. Stellungnahme der Landtagsverwaltung SH			
14-0715	Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Aufhebung	27.01.2015	Fristbeginn:	
	bestimmter Rechtsakte im Bereich der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit in		02.12.2014	
	Strafsachen		BR-Beratung: 19.12.2014	
	1. COM (2014) 715 final			
	2. Bundesratsdokument (-)			
	3. Vorblatt der Landesregierung			
	4. Beratung Landtag SH/Europaausschuss			
	5. weitere Informationen zur Subsidiaritätsprüfung			
	6. Stellungnahme der Landtagsverwaltung SH			

14-0714	Vorschlag für einen Beschluss des Europäischen Parlaments und des Rates zur Aufhebung bestimmter Rechtsakte im Bereich der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen 1. COM (2014) 714 final 2. Bundesratsdokument (-) 3. Vorblatt der Landesregierung 4. Beratung Landtag SH/Europaausschuss 5. weitere Informationen zur Subsidiaritätsprüfung 6. Stellungnahme der Landtagsverwaltung SH	27.01.2015	Fristbeginn: 02.12.2014 BR-Beratung: 19.12.2014	
14-0713	Vorschlag für einen Beschluss des Europäischen Parlaments und des Rates zur Aufhebung bestimmter Rechtsakte in Bezug auf den Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts 1. COM (2014) 713 final 2. Bundesratsdokument (-) 3. Vorblatt der Landesregierung 4. Beratung Landtag SH/Europaausschuss 5. weitere Informationen zur Subsidiaritätsprüfung 6. Stellungnahme der Landtagsverwaltung SH	27.01.2015	Fristbeginn: 02.12.2014 BR-Beratung: 19.12.2014	

Erläuterung der Tabellenkategorien:

- 1. Das Fristende gibt das Datum an, zu dem die Subsidiaritätsbedenken bei der EU-Kommission in Form einer begründeten Stellungnahme schriftlich geltend gemacht werden müssen, um im Rahmen des EU-Rechtssetzungsverfahrens förmlich berücksichtigt werden zu können. Diese begründete Stellungnahme gibt nach Maßgabe der bundesstaatlichen Ordnung des Grundgesetzes der Bundesrat ab. Der Landtag kann allerdings die Landesregierung durch Plenarbeschluss auffordern, im Bundesrat die Subsidiaritätsbedenken des Landtages vorzutragen und einen Beschluss des Bundesrates herbeizuführen, der die Verletzung des Subsidiaritäts- und Verhältnismäßigkeitsprinzips in Form der begründeten Stellungnahme gegenüber der EU-Kommission geltend macht.
- 2. Der Punkt "Termine" bezeichnet unter "Fristbeginn" den Beginn der Frist für die Prüfung der Subsidiaritätsverletzung. Die Frist beginnt mit Zuleitung der KOM-Dokumente des EU-Rechtssetzungsvorhabens an die nationalen Parlamente, zu denen aus Sicht des EU-Rechts auch der Bundesrat gehört. Die Vertretung des Landes SH beim Bund in Berlin leitet die entsprechenden Unterlagen an den Landtag SH weiter. Die Frist beträgt 8 Wochen, wobei nach Mitteilung der EU-Kommission der Monat August nicht mitgerechnet wird. Der Punkt "BR-Beratung" gibt die Beratungstermine des Bundesrates an, zu denen das jeweilige EU-Rechtssetzungsvorhaben auf dessen Tagesordnung stehen kann und eine oben genannte Aufforderung des Landtages Berücksichtigung finden könnte.
- 3. Der Punkt "Ministerium" bezeichnet das federführende Ministerium des Landes SH, welches das jeweilige Vorblatt der Landesregierung zur Subsidiaritätskontrolle des jeweiligen EU-Rechtssetzungsvorhabens unter Mitwirkung des Europa-Ministeriums ausfüllt und dem Landtag dann zuleitet.

2. Teil: Dokumente zu europapolitisch bedeutsamen Themen (Dieser 2. Teil befindet sich noch in der Entwicklungsphase.)

In diesem Teil der Übersicht werden im Anschluss an die vom Schleswig-Holsteinischen Landtag in der 31. Tagung am 20.03.2015 festgelegten europapolitischen Schwerpunkte (<u>Drs. 18/2812 (neu)</u>) auf diese bezogene Dokumente zusammengestellt. Die Dokumente sind über die Verlinkungen erreichbar. Zur ergänzenden Information sind auch abseits der Schwerpunkte weitere Dokumente zu europapolitisch bedeutsamen Themen eingetragen.

Interne Registernummer ²	Themen- bzw. Dokumentenbezeichnung	Europapolitischer Schwerpunkt/EU- Politik	Ausschüsse	Ministerium	Sonstiges
18/5 (EUS)	Strategie für den europäischen Digitalen Binnenmarkt (DSM: Digital Single Market) 1. COM (wird im Mai veröffentlicht) 2. Bundesdokumente - Bundesratsdokument Drs. 104/15 3. Informationen der Landesregierung 4. Beratung Landtag SH/Europaausschuss 5. weitere Informationen 6. Stellungnahme der Landtagsverwaltung SH	Digitaler Binnenmarkt	EU WI	MWAT	
18/4 (EUS)	Empfehlung für eine EMPFEHLUNG DES RATES über die Grundzüge der Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten und der Union 1. COM (2015) 99/F1, Annex zu99/F1 2. Bundesdokumente 3. Informationen der Landesregierung 4. Beratung Landtag SH/Europaausschuss 5. weitere Informationen 6. Stellungnahme der Landtagsverwaltung SH	Handels- und Investitionspolitik, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik	EU WI SOZ	MWAT	

² Die Erläuterung der Tabellenkategorien siehe bitte unten.

_

Stand: 22.04.2015 10:54 (L223)						
18/3 (EUS)	MITTEILUNG DER KOMMISSION AN DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT UND DEN RAT Das Paris-Protokoll - Ein Blueprint zur Bekämpfung des globalen Klimawandels nach 2020	Umwelt- und Energie- politik, Strategischer Rahmen für die Energieunion	EU UMWA WI	MELUR		
	 COM (2015) 81/F2 final, Annex zu81/F2 Bundesdokumente Informationen der Landesregierung Beratung Landtag SH/Europaausschuss weitere Informationen Stellungnahme der Landtagsverwaltung SH 					
18/2 (EUS)	MITTEILUNG DER KOMMISSION AN DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT, DEN RAT, DEN EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS, DEN AUSSCHUSS DER REGIONEN UND DIE EUROPÄISCHE INVESTITIONSBANK Rahmenstrategie für eine krisenfeste Energieunion mit einer zukunftsorientierten Klimaschutzstrategie	Umwelt- und Energie- politik, Strategischer Rahmen für die Energieunion	EU UMWA WI	MELUR		
	 COM (2015) 80/F1, Annex zu80/F1 Bundesdokumente Informationen der Landesregierung Beratung Landtag SH/Europaausschuss weitere Informationen Stellungnahme des Oberösterreichischen Landtages mit dem Ergebnis einer Verletzung des Subsidiaritätsprinzips 18/178 Stellungnahme der Landtagsverwaltung SH 18/179 					

Erläuterung der Tabellenkategorien:

- 1. Interne Registernummer: Die interne Registernummer kennzeichnet einen europapolitisch relevanten Vorgang bzw. schafft ein Dossier, dem einzelne oder mehrere Dokumente zugeordnet werden. Dieser Übersichtsteil selbst hat die Nummer 18/1 (EUS).
- 2. Themen- bzw. Dokumentenbezeichnung: Die Themen- bzw. Dokumentenbezeichnung gibt die Kennung des Dossiers an, orientiert am thematischen Schwerpunkt.
- 3. Europapolitischer Schwerpunkt/EU-Politik: Unter dieser Kategorie erfolgt eine Zuordnung des Dossiers zu einem europapolitischen Schwerpunkt nach Maßgabe des Beschlusses des Schleswig-Holsteinischen Landtages bzw. gibt die betroffene EU-Politik an.
- 4. Ausschüsse: Unter diesem Punkt finden sich die Ausschüsse, in deren Zuständigkeitsbereich das Dossier thematisch im Schwerpunkt fällt. Durch die Querschnittseigenschaften vieler EU-Themen werden regelmäßig mehrere Ausschüsse betroffen.
- 5. Ministerium: Diese Kategorie bezeichnet das Ministerium, dessen Zuständigkeitsbereich das Dossier thematisch zuzuordnen ist.
- 6. Sonstiges: Diese Tabellenkategorie nimmt weitere, im Einzelfall relevante Informationen auf, z. B. etwaige Fristen oder Termine.